

97. Sitzung des Niedersächsischen Landtags
16. Februar 2011

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Abschließende Beratung: **Tourismuspolitik in Niedersachsen konsequent weiterentwickeln - Infrastruktur ausbauen, Subventionen transparent machen, Verantwortlichkeiten benennen** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2279 - b)
Tourismuspolitik in Niedersachsen - Reiseland Niedersachsen mit notwendigem Handwerkszeug für eine erfolgreiche Zukunft rüsten - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/3041 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/3272 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/3323

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Linksfraktion will in der Tourismuspolitik das Ziel in den Mittelpunkt stellen, allen das Reisen zu ermöglichen. Dafür brauchen wir einen sozialen, ökologischen und barrierefreien Tourismus.

Gerade auch arme Menschen und ihre Kinder brauchen regelmäßige Erholung und müssen sich einen Urlaub leisten können. Der Verantwortung gegenüber der Natur müssen wir mit Konzepten für einen sanften und zukunftsfähigen Tourismus für den Harz, das Weserbergland, die Lüneburger Heide und die Nordseeküste gerecht werden. Nicht zuletzt benötigen die gut 340 000 Beschäftigten in der Tourismuswirtschaft gute Arbeit und gute Löhne.

Der Antrag von CDU und FDP strotzt nur so von allgemeinen und unverbindlichen Absichtserklärungen. Er ist als reiner Schaufensterantrag das Papier nicht wert, auf dem er steht. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Der SPD-Antrag und noch mehr der Änderungsantrag von SPD und Grünen werden unseren Anforderungen an Tourismuskonzepte schon besser gerecht.

(Unruhe)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Frau Kollegin Flauger, vielleicht warten Sie einen Moment. - Meine Damen und Herren! - Sie können fortfahren, bitte!

Kreszentia Flauger (LINKE):

Wir begrüßen, dass in beiden Anträgen die Strukturdefizite und das horrende Kompetenzwirrwarr in der niedersächsischen Tourismuswirtschaft aufgezeigt und Änderungsvorschläge unterbreitet werden, dass die Förderpraxis des Landes gegenüber der Tourismuswirtschaft sowie deren Etatisierung im Landeshaushalt endlich vom Kopf auf die

Füße gestellt werden und dass sehr konkrete Empfehlungen zu ökologischen Erfordernissen formuliert werden.

Aber uns fehlt in Ihren Anträgen die ausreichende Beachtung sozialer Notwendigkeiten. Das hat uns gerade bei der SPD schon überrascht und ein bisschen enttäuscht, nachdem Ihr Landesvorsitzender Olaf Lies in der *Neuen Presse* vom 12. Februar zu Recht beklagt hat, dass der wirtschaftliche Aufschwung gerade auch in der Tourismuswirtschaft nicht ankomme.

In Ihren Anträgen analysieren Sie leider gerade nicht die Situation der Beschäftigten in der Tourismuswirtschaft. Weil die Hälfte der Beschäftigten im Tourismusgewerbe als geringfügig Beschäftigte bzw. als sogenannte Selbstständige unter der Armutsgrenze arbeitet, hat in diesem Bereich unsere Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn besondere Bedeutung.

Auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, die nötige Barrierefreiheit in Hotels, Kultur- und Sportstätten und öffentlichen Verkehrsmitteln einschließlich der Haltestellen und Bahnhöfe sind in Ihren Anträgen nicht enthalten, sodass wir uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)